

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbefreiung. Für Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 17. Februar 1920

Einzelpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Lohngesetze 20 Pf., die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 20

### Falsche und richtige Methoden

#### XI. Handlangerdienste für die Buchdruckeropposition

Wie im Laufe der vorausgegangenen Aufsätze einige Male bemerkt, ist man sogar in Leipzig davon abgekommen, das parteipolitische Ausführgeschehen länger noch herauszuheben. Das entsprang aber auch nicht eigener Erleuchtung, sondern das von Dämmig (Berlin) und nachstehend von Dr. Geyer (Leipzig) auf einmal empfundene Bedürfnis, das sogenannte reine und unbefälschte Rädesystem zu entpollstieren, war die Triebfeder dazu. Wenn man weniger Altes, dafür mehr eigenbedenkend und selbständig handelnd wäre, hätte ein anderer Zustand dazu führen können. Nämlich die tatsächliche Unmöglichkeit, weder im Fahrwasser von USP, noch SPD, sich lösen zu lassen, weil immer dränger sich die Zwischenfrage aufwirft, welcher Spiel- oder Albatros von diesen beiden Luftparketen man nun zu dienen beflissen sein will. Dieser Status wäre bei der ganzen Entwicklung der Dinge sehr wohl denkbar gewesen. Aber eben diese Entschiedenheit hätte ihre beträchtlichen Schwierigkeiten gehabt, da man dann, d. h. mit einem klaren Bekenntnisse, seine getreuen Schäflein nicht in der kleinen Herde mehr zusammenhalten können. Und so wurde „geradlinig“ der Ausweg aus dem Holze dahin gesucht, daß der parteipolitische Mantel fiel, um jedoch noch unentwegt auf die dummen, rückständigen „Recher“ loszuschlagen, die angeblich vom Dunkel der politischen Neutralität sich nicht befreien können. Das Ganze ist natürlich ein höchst gewöhnlicher Kohlenkühler, der von ungewöhnlicher Geringschätzung des eigenen Wertes zeugt. Von dem hat man überhaupt keine hohe Meinung, wie in diesen erbitterten Tagen in Leipzig einem Saltschlepper freiwillig aus dem Munde fuhr. Müllhäuser im allgemeinen, Stimmungsempfänger und Stobkruppen in den Versammlungen — also Staliferer; höher geht für gewöhnlich die Einschätzung nicht. Die kleine Schar der wirklich Denkfähigen steht zumist auf dem linken unabhängigen Flügel, nimmt von dort ihre Weisungen und Parolen und überträgt sie in die Praxis der Opposition bei uns. Man ist also hochpolitisch trotz Abschwörung der Parteihäupter! Da nun bei jenem delphischen Orakel der Kurs so plötzlich und gründlich wechselte, wie man in München oder in ähnlichem Klima die Wetterkürze erlebt, so geht es oft recht kunterbunt her; was Wegrichtung und Ziel sein soll, hat häufig starke Schwankungen.

Es ist im Laufe des vergangenen Jahres ein interessantes Schauspiel gewesen, wie namentlich im gewerkschaftlichen Teile der „Freiheit“ (Berlin) den Buchdruckern, Buchbindern, Steindruckern und Hilfsarbeitern anspornend berichtet wurde, was alles ihre Oppositionen zuwege bringen, wie man sich am Rätegäuber berauscht und welche kräftigen Fortschritte die illegale Bewegung macht. Die legalen Versammlungen dieser Gewerkschaften erfordern dafür selten eine Behandlung, die sich von objektiver Berichterstattung recht fern hielt. Die gewerkschaftliche Redaktion jenes Blattes zeigte im Anfang eine neutrale Haltung, kam dann aber gründlich davon ab und machte sich unbedenklich zum Polarenbläser der destruktiven Tendenzen in der Gewerkschaftsbewegung, nicht am wenigsten gegenüber den Organisationen im graphischen Gewerbe. Wenn auch nicht alles von ihr selbst stammt, was in dieser Beziehung verbrochen wurde, so hat sie doch den schweren Vorwurf zu tragen, die referierende Fälschung weit übertrieben zu haben. Auch andre Blätter der Linksparteien sind darin nicht stubenrein, wir haben jedoch nirgends sonst so konsequente Förderung der Oppositionen gefunden wie in der „Freiheit“; auch die „Rote Fahne“ hält sich in weitem Abstand davon, macht mehr allgemein die Gewerkschaften zu einem Konglomerat von Rückständigkeit.

Indem die „Freiheit“ am 29. Dezember nach den Berliner Vorstandswahlen der Buchdrucker redaktionell schrieb:

Wenn die Genossen verstehen, ihrer Opposition einen Gehalt zu geben, dann werden die nächsten Vorstandswahlen

wahlen die ledernen Bureaufakten recht unanständig von ihren schon wackelnden Sesseln entfernern,

so ist das einmal für uns Berliner Oppositionellen wenig schmeichelhaft, denn sie haben danach noch ein Gefühl ohne Inhalt; zum andern läßt man damit der lahmen Oppositionsorganen die Sporen fühlen, daß es nur so eine Art hat. Ausgesprochenste Parteinarbeit für eine Richtung unter den Buchdruckern, die je nachdem zur faktischen Zersplitterung führen kann! Wenn der „Korr.“ oder ein andres Gewerkschaftsorgan vor oder zu den Vorstandswahlen der Berliner Unabhängigen in gleicher Weise für eine Unterfrömmung eingetreten wäre, würde man alle Schläfen der Entrüstung gezogen und gegen ein solches Verhalten scharf gemacht haben. Diese Handlangerdienste für die Buchdruckeropposition rangieren aber bei jenen Leuten unter dem gewöhnlichen heuchlerischen Vorgeben: „Das ist etwas andres!“

In der nämlichen Nummer der „Freiheit“ ist in der gleichen Note die schon des öfteren erwähnte schwere Verleumdung der Buchdrucker insgesamt zu finden. Sie soll zwecks Enttäuschung der noch nicht Klarlebenden nun im Wortlaut an den Pranger gestellt werden:

Wenn heute in irgendwelchen Versammlungen die Rede auf die Buchdrucker kommt, dann regnet es im allgemeinen recht wenig schmeichelhafte Zwischenrufe. Sie gelten bei dem größten Teil der Arbeiterkategorie als eine politisch unaufrichtige, mit Aberglaube und Berufsdünkel vollgeproppte Arbeiterkategorie. Von der vielgerühmten Belesenheit der Buchdrucker ist mindestens in politischer Beziehung sehr wenig zu bemerken. Früher wurde in den Versammlungen ein Sozialdemokrat niedergerufen, weil Politik nicht in die Gewerkschaften gehörte, und heute ist der größte Teil der Buchdrucker Anhänger der Politik der SPD. Sie schwärmen fanatisch für die Ruhe im Gewerbe, wollen von politischen Streiks nichts wissen und gebären sich als Ordnungsmäßigen. Der „Vorwärts“ lobte deshalb die Buchdrucker während des Generalstreiks im März als Leute mit „tiefem Verantwortungsgefühl“, weil sie ihren kämpfenden Arbeiterbrüdern die Solidarität versagten und erst auf den Druck der gesamten Arbeiterklasse hin den Winkelhaken niederlegten und die Maschine stehen ließen. Das Lob des „Vorwärts“ bekommt einen recht bitteren Beigeschmack, denn auch notorische Streikbrecher und ähnliche Kreaturen sind für ihn Leute mit „tiefem Verantwortungsgefühl“.

Diese knosigen Ausfälle tragen ausdrücklich eine Überschrift, die das Geldspiel als im Interesse der Opposition losgelassen zu erkennen geben. Die Berliner Opposition hätte alle Verantwortung gehabt, diese elende Schmiererei energisch abzuschütteln. Das ist nicht geschehen! Kollege Schmidt (Berlin) hat in Nr. 12 wohl eine Berliner Einwendung in Nr. 4 angegriffen, die sich mit den Vorgängen bei der Berliner Vorstandswahl und dem Verhalten der Opposition dabei befaßte, aber um die ebenfalls in dieser Einwendung vollzogene Charakterisierung der „Freiheits“-Note ging er herum. Das ist uns gerade von ihm recht aufgefallen. Kollege Thomas, der Hauptredner in der Berliner Generalversammlung vom 3. Februar, machte der Berliner Opposition mit Recht zum Vorwurfe, daß sie sich mit keinem Worte gegen die Beschimpfung der Buchdrucker durch die „Freiheit“ gewandt habe. Das ist nur in den Bezirksversammlungen von Rednern der andern Richtung geschehen. Wenn den in Berlin am längsten organisierten Arbeitern, den Buchdruckern, von dem unabhängigen sozialdemokratischen Organ eine solche Schmähepfiffel gelesen werden konnte, so bedeutet das bestimmungsloses Herunterreißen der Buchdrucker vor einem Vorkampfe, der zu einem beträchtlichen Teile durch die Treibhausatmosphäre der Revolution wohl gewerkschaftlich wie politisch fröhlich geworden ist, dem aber die organisatorische Schulung noch ganz mangelhaft ist. Solchen Leuten den Verbandsbuchdrucker mit der Pilatus-Geste „Ecce homo“ vorzuführen, ist eine buchstäbliche Gemeinheit. Daß die Buchdrucker nicht massenstetig sind, spricht nur für ihre Arbeitsfähigkeit, nicht blinder Dabzielern zu folgen, die als Massenverführer zu betrachten mancherlei Berechtigung gegeben ist. Beim Metallarbeiterstreik haben noch

ganz andre Arbeiterkategorien und sogar unabhängige „Gewerkschaftsböden“ diese Vorlicht waken lassen.

Nächst der „Freiheit“ in Berlin macht sich die unabhängige „Volkszeitung für das Vogtland“ in Plauen um die Buchdruckeropposition verdient. Dieses Blatt wollte es wohl der „Freiheit“ einmal nachmachen — es war ja so viel von deren „Seldental“ im „Korr.“ zu lesen —, indem sie es in der letzten Januarwoche mit einer ähnlichen Vorstellung der Buchdrucker bei ihren Lesern versuchte und auch sonst der Opposition tüchtig Handlangerdienste leistet, wozu die Vorstandswahl ebenfalls dienen mußte. In Plauen stimpert man aber noch, wenn das Berliner „Vorbild“ dazu in Vergleich gezogen wird.

Ehrlicher Weise ist jedoch zu sagen: Die Methode der Behandlung der Buchdrucker durch die „Freiheit“, die „Volkszeitung für das Vogtland“, den Leipziger Kartellvorsitzenden Schilling usw. ist richtig! Dadurch erst wird es klar, zu welchen Ausstrahlungen die von der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei auf ihren Parteitagen im März zu Berlin und im Dezember zu Leipzig beliebte „Lösung“ der „Gewerkschaftsfrage“ sowie die auch von der Kommunistischen Partei an den Gewerkschaften sehr wechselvoll betriebenen Doctoreien führen müssen. Es wird darüber noch vor untrer Generalversammlung speziell zu sprechen sein.

Jetzt handelt es sich nur um die Feststellung, wobei und wie die Buchdruckeropposition ihre Antriebskraft erhält. Wir haben uns dafür mit dem letzten Ausschusse befaßt. Er wird der großen Mehrheit untrer Kollegen sehr unappetitlich sein, und sie werden gewiß bei jeder Gelegenheit beklunden, daß sie einen solchen Geschmach haben. Die Buchdruckeropposition aber dürfte einsehen, mag es auch noch so widerwillig geschehen, daß mit Handlangerdiensten wie den behandelten ihr nur Bären Dienste erwiesen werden. Was uns allerdings keinen Kummer bereitet.

### Weiteres zu den Zeitungsverböden

VI.

Dem „Leipziger Kriegsschauplatz“ ist zu melden, daß von fünf Personalien 205 Stimmen gegen und 58 für einen Profeststreik abgegeben worden sind, was sich aber nur auf die Gehilfen bezieht. Die Hilfsarbeiterkategorie hat ihren Standpunkt in ähnlicher Weise beklundet. In einem Blatte, das in voriger Nummer als vor der Verschmelzung stehend gedachte, hat sich eine kleine Mehrheit für den Streik ergeben. Die gewissermaßen als „Volkszeitungsorgan“ erscheinenden „Mitteilungen des Leipziger Gewerkschaftskartells“ glaubten darob die Strohkolbstände verlegen zu müssen:

Mit diesem Beschlusse haben sich die Seher der Zeitungsbetriebe nicht nur in Widerspruch mit den Leipziger Angestellten- und Arbeiterausschüssen, sondern auch mit den Beisitzern ihrer eignen Organisation gesetzt. Natürlich hätten das die Seher nicht allein getan, wenn diese Behauptung zutreffen würde, sondern alle Sparten wären daran nach dem Maßstab ihrer Zustimmung beteiligt. Die Angestellten- und Arbeiterausschüsse, die hier gemeint sind, bilden aber gar keine ordnungsgemäß zustande gekommene oder bestehende Körperlichkeit, sondern haben willkürliche Verwirrung erhalten von den Leuten, die im ruhmlos absterbenden Arbeitererrat und im ganz einseitig orientierten Gewerkschaftsausschusse die Macher sind. Der Kartellvorsitzende Schilling hat zum Schluß der Sitzung am 8. Februar erst die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse mobil gemacht, das Kartell zu ermächtigen, der Buchdruckerorganisation in Sachen der „Leipziger Volkszeitung“ ein Ultimatum zu stellen. Die Buchdrucker sind es aber nicht gewöhnt, nach der Pfeife anderer zu tanzen. haben für das mit Ausnahme weniger Perioden recht buchdruckeranimose Leipziger Gewerkschaftskartell keine überdauernde Sympathie und wissen von dem Kartellvorsitzenden Schilling, daß er während des verhältnismäßig langen Generalstreiks im März v. S. sich als das treueste Gegenstück eines Stütz- und Retters der „Freiheit“ erwiesen hat. Das Leipziger Gewerkschaftskartell wurde vielmehr durch ihn vor den Wagen des links

unabhängig orientierten Generalfreier gespannt. Man muß gefehen haben, wie der unabhängige Angestelltenführer Aufhäuser im Anschluß an den verachteten Generalfreier für die Berliner Metallarbeiter (November 1919) in der „Freiheit“ gegen Däumig auftrat, weil dieser „in maßvoller Weise beschränkt“ habe „diejenigen Mitglieder der Gewerkschaftskommission, die aus einer gegen die gesamte Arbeiterklasse bestehenden Verantwortung die für die Durchführung des Generalfreies gegebenen Voraussetzungen prüfen zu müssen glauben, fast lediglich auszuscheiden“, und wie Aufhäuser, der zu den Radikaleren zählt, diese ganze Generalfreierbetreiber kritisierte. Die Leipziger Zeitungsredaktionen brauchen ein Diktieren von Augenfehenden über sich ebensoviele durch Strammfäden und milliarthümlichwiderprücksolle Gehorsamspflicht zu beauftragen! Das muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden. Wie es mit dem einen Beschluß — nicht Beschlüssen — föhrender Organisation steht, haben wir in der vorigen Nummer schon gesagt und wird durch den offiziellen Veranlassungsbericht in dieser Nummer noch erhärtet. Bei diesem Streikbeschlüssen sind die Voraussetzungen der Demokratie nicht in erforderlichem Maße beachtet worden; bei einer Sache von solcher Tragweite doppelt schlimm. In den täglich erscheinenden „Mitteilungen“ des Gewerkschaftskartells ist bei der Weitergabe einer Resolution der Genoss Kollegen, die auch bei uns eingelangt, gezeigelt worden, wie man in Leipzig mit den Tatsachen umzugehen versteht. In einem umfangreich veröffentlichten großen Geheimniskartell der unabhängigen Parteileitung wurde dem Volkszeitungsredakteur Dr. Cramer schon nachgewiesen, daß der Mann an Wahrheitsvorbeugungen fertigbringt, um die Leser in dem Sinne, wie seine Auflösung ist, zu beeinflussen. Sein Komposition aus der Generalfreierzeit, der Kartellvorstands Schilling, steht Geyer auch darin nicht nach. In den einleitenden Zeilen spricht er von einer Resolution „gegen das Verbot linksradikaler Blätter“, in deren dann folgenden Wortlaut ist aber lediglich von der sofortigen Aufhebung der Zeitungsverbote schlechtweg die Rede; es heißt sogar ausdrücklich:

Wir besonen, daß wir gegen jede Anechtung der Presse, von welcher Seite sie auch kommen mag, die schärfsten Mittel anwenden werden.

Auf die Leipziger Verhältnisse übertragen, würde das sogar belagen: auch gegen die von Schilling und Genossen betriebene Stilllegung der übrigen Zeitungen. Und so etwas mag man sich einen Protest gegen das Verbot linksradikaler Blätter seinen Lesern zu deklarieren! Welche Mißachtung vor der Urteilsfähigkeit der Masse drückt sich darin aus! Schilling bringt aber noch mehr fertig. Er bemerkt zu der den Schlußsatz der Resolution bildenden Aufforderung an den Verbandsvorstand, bei den maßgebenden Stellen die sofortige Aufhebung der Verbote zu verlangen:

Der Verbandsvorstand, der aus Rechtsjuristen besteht, hat bisher auf Resolutionen vorliegender Art, die „bereits in einer ganzen Reihe von Krisenperioden angenommen wurden, überhaupt nicht reagiert.“

Was die Weisheit Schillings von der Zusammenlegung des Verbandsvorstandes gehen wir mit vernünftlichem Nachdenken hinweg; in diesem Punkte möge er entschuldigt sein. Aber die Behauptung, der Verbandsvorstand habe auf die gefakten Resolutionen überhaupt noch nicht reagiert, bezeichnen wir als eine bewußte Fälschung der Schilling wohlbekannt direkt gegenläufigen Tatsachen. Schilling weiß es aus dem „Aor.“ und hat es auch sonst erfahren, daß unsre Verbandsleitung die Resolutionen gar nicht abgewartet hat und bei der Regierung persönlich sofort ganz energisch Vorstellungen erhob; das ist sogar dreimal geschehen. Vom Verbandsvorstand ist weiter in einem Zirkular vom 3. Februar den Funktionären volle Aufklärung zuteil geworden, was alles unternommen worden ist und wie der Befehl der Regierung lautete. Was sich Schilling mit der angesprochenen herumtorkelnden Behauptung geleistet hat, liegt vollständig im Zuge des von ihm am 24. Juni 1919 und am 10. Februar d. J. in Leipziger Buchdrucker-Veranstaltungen vorgemachten blauen Dunstes. Hoffentlich halten die Leipziger Kollegen nun diesen Wahrheitshebeln von ihren Veranlassungen fern! In Leipzig sind Schilling und Genossen von ihren Reinfällen bei den Zeitungsredaktionen aber noch nicht abgeschickelt. Zum 15. Februar hatte eine namenhafte Körperlichkeit („Der Hauptauschuh“) ist die einzige Unterzeichnung) zu einer Veranlassung der Zeitungsredaktionen durch Handzettel eingeladen. Als Verleger zeichnete ein im nur noch rein unabhängigen Arbeiter — der aber kaum dem Namen nach noch existiert — angestellter Kollege. Der Kartellvorsitzende Schilling hat dies Veranlassungsort besetzt. Es handelt sich also um die bekannteste Leipziger „allertesten Mächte“ bei diesem unerhörten Terrorverleumdungsversuch der Buchdrucker. Wir schließen diese Nummer am 14. Februar ab, können also noch nichts über den Ausgang dieses Unternehmungsverlaufs mitteilen; es ist uns aber schon bekannt geworden, daß die Zeitungsredaktionen diesem unverfrorenen Anhalten nicht einmal durch Besuch der neuesten „Paroleausgabe“ entsprechen wollen. Mit Recht! In dem vom „Hauptauschuh“ ausgesprochenen Sandzettel wird der Leipziger Gewerkschaftsverband und großartig noch gesagt:

Es ist unbedingt notwendig, daß das Personal der Zeitungsredaktionen einmal von uns einen Bericht über die Angelegenheit erhält, um sich über die Wirkung seiner Haltung auf die Kollegen sowie auf die gesamte Arbeiterklasse klar zu werden.

Wetter wird bedeutet, das Zeitungsredaktion müsse sich noch bewußt sein, daß es „auch der Leipziger Arbeiterklasse für seine Haltung Rechenschaft schuldig ist“. Die Annehmung von Schilling und Genossen kann höher nicht

mehr gehen! Der Kartellvorsitzende hat sich jetzt auch einem Kollegen gegenüber geäußert, von Leipzig müsse das Signal für ganz Deutschland ausgehen zu einer Aktion gegen die ergangenen Zeitungsverbote. Wenn diese Leute immer noch nicht wollen, daß sie mit solchen Druckmitteln bei den Buchdruckern nichts erreichen, dann sollte ihnen das nicht nur von den Zeitungsredaktionen, sondern nur auch von der Mitgliederversammlung am 17. Februar klar gemacht werden. Das kann sein, wenn in dieser die andere Seite stärker antritt, namentlich die älteren Kollegen, und bis zum Schluß ausbleibt. Das Verbot der „L. B.“ tritt, wie die Dinge sich in Leipzig entwickelt haben, zunächst hinter die Notwendigkeit, durch die Tat zu bezeugen, daß unsere Organisation in Leipzig und ihre Mitglieder in ihren Entschlüssen ebenso selbständig sind wie anderswo im Verband. Es ging Ende voriger Woche die von einem Nachrichtenbureau kolportierte Meldung durch die Presse, die „L. B.“ dürfe wieder erscheinen. Darauf erfolgte dements. Für uns steht fest, und man vernimmt auch in Kollegenkreisen diese Ansicht, daß, wenn die Leipziger Generalfreierzeitung nicht die Aufpflanzung der Buchdrucker mit allen Mitteln betreiben würden, die „L. B.“ schon freigegeben worden wäre, da doch unserm Verbandsvorstande bereits beim ersten Vorkollgwerden zu erkennen gegeben wurde, daß die „L. B.“ in erster Linie wieder erscheinen würde.

In Plauen i. B. wurde, wie schon mitgeteilt, das unabhängige Parteibüro auf zehn Tage verboten. Durch den Eingang einer Abstellung der Reichswehr war auf einmal ein Anlaß gefunden, einen vierundzwanzigstündigen Generalfreier zu machen. Der selbige einige Tagen erst in das unabhängige Fahrwasser geratene Kartellvorstand nahm unbehelligterweise die politische Aktion in die Hand. Auf die Buchdrucker wurde in bekannter Weise der „Nachdruck“ gelegt; man meinte sogar, wenn die übrigen Zeitungen stillgelegt würden, mache sich der Generalfreier überhaupt nicht notwendig. Die Buchdrucker Dienstleute für alle, dann wird es nicht fehlen! Herrliche Auslöcher! 200 versammelte Personen „machen“ dann den Generalfreier, 22000 Gewerkschaftsmitglieder hatten nur zu parieren. In der Kartellversammlung fehlte es von Buchdruckerseite nicht an der erforderlichen Vertretung unfres Standpunktes; auch das Entscheidungsgeschäft der eigenen Mitglieder wurde betont. Was darauf gekannt wurde, auch unter Beteiligung der Buchdruckeropposition, kann man sich denken. Das Personal des rechtsorganistischen Organs machte aber von vornherein nicht mit, die Kollegen von zwei andern Zeitungen schwanken etwas, gingen jedoch nach einigen Stunden, nachdem Klärung herbeigeführt und auch die Buchdrucker der größten Druckerei den Streik abgelehnt hatten, an die Arbeit. Die Zeitungen sind also in Plauen nicht ausgefallen, wie denn dieser Generalfreier nur ein Zerbild von einem solchen geworden ist.

In Steffin ist der „Kämpfer“ nach zwei Nummern von neuem verboten worden. Ein ehemaliger Buchdrucker kann das Auslöcher nicht unterlassen. Die Folgen davon haben auch unsre Kollegen zu tragen.

Die unabhängige „Neue Zeitung“ in Genä ist auf die Dauer von vierzehn Tagen verboten worden. In der Begründung heißt es: „Auf die Aufhebung der Zeitungsverboten in der Bevölkerung laufen sämtliche Ausführungen hin.“ Die Entlassung des scharfkontenlos Erlebens der Masse bedeutet im Augenblick eine schwere Gefahr für die Sicherheit des Reiches, weil hierdurch seine wirtschaftlichen und verfassungsmäßigen Grundlagen der schwersten Erschütterung ausgelegt sind.“

## □ □ Zur Tarifauschuhführung □ □

Die Verelendung kinderreicher Familien immer höher steigen die Preise für alle Lebens- und Bedarfsartikel. Sewil hat jeder darunter zu leiden. Am meisten wohl aber diejenigen Kollegen, die für rechtlichen Nachwuchs sorgen müssen. „Ist ja ihre eigene Schuld“, höre ich manche Abergläubigen sagen. Darüber ließe sich viel schreiben, doch das ist ja nicht der Zweck dieser Zeilen. Nur eins für die Ausfühler: Lieber eine gesunde Frau und Kinder als eine kranke Frau und keine Kinder. Sicher ist der erstere Fall für die Allgemeinheit der nützlichere.

Für gleiche Arbeit gleichen Lohn, war stets eine Forderung der Gewerkschaften, und mit Recht. Doch unter den heutigen Ausnahmezuständen läßt sich diese Forderung nicht aufrechterhalten, und es muß dazu übergegangen werden, auch Bevölkerungspolitik zu treiben, wenn nicht der im rückfalten und besten Mannesalter befindliche Familienvater ganz auf den Hund kommen soll.

Ein lediger Mensch kann bei dem heutigen Verdienste noch ledig leben, ebenfalls ein älterer Kollege, der schon Kinder hat, die selbst verbleiben. Dies kann man täglich beobachten. Wer hilft die Cafés, Theater, Kinos und Tanzsäle? Größtenteils die junge Welt!

Die Familie eines kinderreichen Kollegen hat aber kaum mehr ein Fund auf dem Leib, und ihre Lage wird immer elender. Staat und Kommune geben schon längst Kinderbeihilfen. Sogar bis hinauf zum Oberbürgermeister und Minister. Auch die Berliner Metallarbeiter und andere Gewerkschaften folgen nun diesem Beispiele. Mögen auch unsre Vertreter bald diesen Weg beschreiten, denn Hilfe tut dringend not.

Berlin.

M. Z.

## Genert

Zur kommenden Tarifauschuhführung. Ende Februar, will ich kurz auf die neuer zu gewährenden Verlen zurückkommen. Nachdem solche nach dem Verhältnisse zu den

Bernsjahren oder dem Alter nicht zu erreichen sind, schlage ich als Richtlinien folgende drei Stufen vor: Zwei einer Geschicklichkeitszugehörigkeit

1. von 5 Monaten bis 1 Jahr 6 Arbeitsstage,
2. „ 1 bis 5 Jahren 12 Arbeitsstage,
3. „ über 5 Jahren 18 Arbeitsstage.

Es wäre damit hauptsächlich dem Rechnung gefragen, die nicht immer das Glück haben, in „dauernder Sinn“ zu sitzen, oder solchen, die zur Erweiterung ihrer beruflichen Kenntnisse gezwungen sind, ihre Arbeitskräfte zu wechseln. Ich glaube mit diesem Vorschlage so ziemlich das Richtige für die Mehrzahl der Kollegen getroffen zu haben.

Bamberg.

K. G.

## □ □ Zur Generalversammlung □ □

Was vor allem von der Generalversammlung in Leipzig erwartet werden muß

Daß eine Generalversammlung in der heutigen Zeit schweres Geld kostet, wird jedem Kollegen einleuchten. Gerade deshalb sollte man bei der Tagung in Leipzig alles tun, um nicht unnütz Zeit und Geld zu vergeuden.

Da die Arbeiterwelt in der heutigen Zeit in politischer Beziehung selber sehr zerrissen ist, so ist diese Zerrissenheit auch nicht an unserm Verbande spurlos vorbeigegangen. Deshalb befrüchte ich, daß auch bei uns wie in den Generalversammlungen anderer Gewerkschaften viel Zeit zu politischen Debatten vergeudet wird, wodurch dann den eigentlichen Aufgaben der Generalversammlung viel Zeit verloren geht. Die Generalversammlung des Metallarbeitersverbandes ist ein Schulbeispiel dafür, wie es nicht gemacht werden soll.

Gelbsterkündlich muß von vornherein jeder gegenseitigen Reiberei der Boden entzogen werden. Wenn a. B. Wahlversuche vorgenommen sein sollten, dann müssen diese Mandate für ungültig erklärt werden, ob es nun Kandidaten der Opposition betrifft oder der anderen Richtung. Nur die Gerechtigkeit darf herrschen.

Die Teilnehmer der Generalversammlung in Leipzig sollten sich alle dessen bewußt sein, daß sie auf einer gewerkschaftlichen Tagung sich befinden. Die Einigkeit und Geschlossenheit der Kollegenschaft zu erhalten, ja noch mehr zu festigen u. d. w. möglich zu verfestigen — dieser Zug muß wie ein roter Faden durch die ganzen Verhandlungen gehen, muß höchster Grundfaden und Leitmotiv wiewollich jedes Delegierten sein. Die Generalversammlung muß der Weltanschauung ein gutes Beispiel der Geschlossenheit bieten können. Wenn es gelungen ist, daß sogar der internationale Buchdruckerkongress in Luzern trotz der vorausgegangenen Kriegszustände einen guten, harmonischen Verlauf nahm, um wie viel mehr sollte dies von unsrer Generalversammlung erwartet werden können!

Zum Schluß möchte ich noch mit einigen Worten des Kollegen „Grahmann“ gedenken.

Bekanntlich ist derselbe auf dem Nürnberger Gewerkschaftskongress zum zweiten Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gewählt worden. So sehr ich mich einerseits freue, daß gerade einer der Unseren dazu bestimmt worden ist, so muß ich es andererseits doch sehr bedauern, daß dadurch Kollege Grahmann dem Verbande verloren gegangen und eine Neuwahl für ihn nötig geworden ist.

Daß ich Kollege Grahmann in seiner Eigenschaft als zweiter Verbandsvorsitzender sehr auf bewahrt hat, ist bekannt, aber gerade deshalb muß ich es sehr bedauern, daß von maßgebender Stelle unfres Verbandes nichts getan worden ist, um diesen bewährten Führer, an dem wir sowie keine Überflus haben, dem Verbande zu erhalten. (Diese Annahme ist unzutreffend, wie schon auf der Gausvorsitzendenkonferenz im Dezember festgelegt worden ist. Red.) Es scheint mir, daß ihn der Beschluß der Würzburger Generalversammlung doch etwas verknüpft hat, als man ihm den Kollegen Seib gerade vor die Nase setzte, wo er doch schon viele Jahre vorher zweiter Verbandsvorsitzender war. Ich sage dies, ohne etwa dem Kollegen Seib zu nahe treten zu wollen, denn dieser ist mir ebenso lieb und wert und ist übrigens auch an dem Beschlusse der Würzburger Generalversammlung unschuldig.

Ich will nur meine Meinung dahin zum Ausdruck bringen, daß, wenn wieder einmal der Fall eintreten sollte, daß der erste Verbandsvorsitzende durch Tod abgeht, dann der zweite Verbandsvorsitzende automatisch erster werden sollte, wenn ich dieser auf seinem Posten selber gut bewahrt hat.

A. A.

Was die Leipziger Generalversammlung abnehmen sollte

Es handelt sich um einen Antrag des Berliner Gewerkschaftsverbandes, und zwar zum § 1 des Verbandsstatuts. Der Berliner Antrag lautet:

Streichung der letzten Zeile im ersten Absatz: „mit Ausschluß aller politischen und religiösen Fragen“.

Ich schlage voraus, daß dieser Antrag von der Leipziger Mitgliederzeitung in ihrer Generalversammlung vom 3. Februar angenommen wurde, also auf die Tagesordnung der zehnten Generalversammlung des Verbandes kommen wird.

Unser Verband soll also zu einem ausgesprochen politischen Verein gefestigt werden — zu einem Zahlabend! Würde die Leipziger Generalversammlung diesen Antrag zum Beschluß erheben, so bedeutete dies die Erschütterung des Fundaments, auf dem unser Organisationsgebäude aufgebaut ist und ruht. Der beste Beweis dafür ist der

Verlauf der Berliner Generalversammlung vom 3. Februar, die beinahe zu Sandgrößenheiten ausgeartet wäre, eben weil wieder die Politik es war, die den breitesten Raum in den Erörterungen einnahm, anstatt sich der Hauptfläche der Förderung des Gemeinwohls der Gesamtzeitschriftlich, zu widmen. Da die Zeit bereits weit vorgeschritten war und die Reihen der Delegierten sich schon stark zu lichten begannen, wurden die Anträge dann im Automobilschneltempo durchgeführt.

Ich hatte mich zweimal in die Rednerliste eintragen lassen, habe mich dreimal noch persönlich beim Vorkämpfer zum Worte gemeldet, um meine Bedenken gegen den bewußten Antrag vorzutragen — nichts zu machen; ich kam einfach nicht zu Wort. Ich wollte den Antrag wenigstens dahin abgeändert wissen: „mit Ausschluß aller rein parteipolitischen Fragen“ und die Worte „und religiösen“ im Verbandsstatut streichen lassen, um das wirtschaftspolitische Moment als alleinige Aufgabe unseres Verbandes als Gewerkschaft zu betonen und mehr hervorzuheben.

Ich sprach schon von dem Verlaufe der Berliner Generalversammlung am 3. Februar. Wie könnte es nun erst werden, wenn die Mitglieder ein statutarisch verbrieftes Recht zum Politikieren gegeben würde? Vielleicht würde dann der Antragsteller selbst, also der Berliner Gewerkschaft, als erster es bereuen, diesen Antrag selbst eingebracht zu haben, indem er sich in jeder Handhabung ertauete, die Versammlungen nötigenfalls wieder in das richtige Fahrwasser zu lenken.

Die Sache hat aber noch eine andre, recht ernste Seite: Wie haben wir uns früher dagegen aufgelegt, wenn die Reaktion, ein Herr v. Döllwitzer oder ein Berliner Polizeipräsident v. Jagow usw., drauf und dran waren, die Gewerkschaften als politische Vereine zu erklären? Seien wir doch nicht gar zu sicher, daß dieser Wind ein für allemal abgeblasen hat! Kann es nicht auch wieder „anders“ kommen? Die Uneinigkeit und die Zerstückelung, die Verzeitelung der Kräfte der Arbeiterschaft bieten jedenfalls Chancen dafür, um nicht mehr zu jagen! Dann aber wehe uns! Wehe uns, wenn wir dann laut § 1 uns selbst als politischen Verein erklärt haben!

Ich lege meine Hoffnung auf die Generalversammlung und erwarte, daß diese den Berliner Antrag auf Politisierung unseres Verbandes zum mindesten in dem von mir vorgeschlagenen Sinn abändert oder aber dahin befördert, wo er in seiner jetzigen Fassung hingehört: in den Papierkorb. Nicht genug mit der Politik, nein, auch die Religion soll noch ein übriges tun, um die „Einigkeit“ erst ganz perfekt zu machen! Wunderbar!

Berlin-Neukölln. C. Lehmann.

### □ □ □ Korrespondenzen □ □ □

**Bordesholm.** Am 17. Januar hielt der bläuliche Ortsverein seine gubelbuche Generalversammlung ab. Nach Mitteilungen von örtlichem Interesse gab der Vorsitzende einen Rückblick über das verlossene Jahr. Unser Mitgliederstand liegt von 12 auf 25. Alle am hiesigen Orte konditionierenden sind Verbandsmitglieder. Nach Entlastung des Kassierers und Vornahme der Neuwahlen wurde Stellung genommen zu der Unterbringung von Wiener Kollegenkindern bei den verbräuterten Kollegen und den sich hierzu eventuell Bereitwilligenden eine wöchentliche Unterstützung bewilligt. Der Vorstand legt sich zusammen aus den Kollegen K. Rothgänger als Vorsitzendem und K. Polles als Kassierer.

**Bolkrop.** (Kalbfahrtsbericht.) Die Mitgliederzahl unseres neugegründeten Ortsvereins ist auf 18 gestiegen. Die Aufgabe, die sich uns in der Entwicklung begriffener Ortsverein gestellt, mitzuwirken als Glied im großen Verband, ist er reslos zu erfüllen bestrift. Die Versammlungen weisen eine rege Beteiligung auf. Am 29. Juni vorigen Jahres war unsere Gründungsfeier, die bei regem Besuch einen guten Verlauf nahm. — In der Juliversammlung wurde der Anschluß an das Kartell der freien Gewerkschaften beschlossen. — Am 30. November fand eine Feier für die aus der Gefangenschaft heimgekehrten Kollegen statt. Ein Teil des Überzähligen, der dabei erzielt wurde, konnte zwar kriegsgefangenen Kollegen ausgeteilt werden. — Bei der im Januar abgehaltenen Generalversammlung wurde Kollege Dellers als Vorsitzender und Kollege Weltmeyer als Kassierer gewählt.

**Elsenders** (S.-V.). Am 1. Januar d. J. vereinigten sich Chef wie Personal nebst Frauen der Buchdruckerei Paul Kaltenbach zu einer stilllichen Feier im „Schwarzen Rob“ anlässlich des 100jährigen Bestehens des „Eisenberger Nachrichtenblattes“. Begründet wurde das Blatt Ende Dezember 1820 von dem Amtshauptmann Friedrich August Müller und erschien zum erstenmal Anfang März 1821. Im Laufe der Jahre wechselten die Besitzer. Am 1. Januar 1888 ging die damalige Schnorr'sche Hofbuchdruckerei und damit der Verlag des Blattes auf den jetzigen Inhaber, Herrn Paul Kaltenbach, über, der die Zeitung durch Mühe und Arbeit zu seiner heutigen Größe und Ansehen brachte. Die einfache Feier legte Zeugnis ab von dem guten Einvernehmen, das zwischen Chef und Personal besteht. — Unser Ortsverein, der unter den Kriegsjahren sehr zu leiden hatte, erkrant sich gegenwärtig wieder einer größeren Mitgliederzahl (13 Kollegen) und eines regen Interesses am Vereinsleben. Kollege Schlegel konnte im November v. J. sein 25jähriges Jubiläum begehen.

**Eisenach.** Am 5. Februar nahm das hiesige Gewerkschafts-Kartell wiederholt zum Verbot der „Eisenacher Volkszeitung“ Stellung. Vorsitzender Stellisch bedauerte,

daß die Versammlung nicht so stark besucht sei wie die vorige, was in Anbetracht der eventuell zu lassenden Beschlüsse unerwünscht sei. Nachdem seitens der Kommission mitgeteilt worden war, daß ihr Vorklärungsmandat in Kassel nur den Erfolg gehabt habe, daß es gestaltet worden sei, ein Mitteilungsblatt für die Anzeigen herauszugeben, gab der Vorsitzende den Erfolg der von ihm unternommenen Schritte bekannt, dahingehend, daß die weimariische Regierung als auch der Volkerrat für Thüringen unsere Forderungen mit allem Nachdruck unterstützen. Daß die Reichsregierung sich auf ihrem Wege durch keinerlei Proteste irromachen lasse, beweiße, daß die in der Druckerei der „Eisenacher Volkszeitung“ seit 1. Februar d. J. hergestellte „Heftische Arbeiterzeitung“ schon nach der zweiten Nummer auf vier Wochen verboten worden sei. Auch das Mitteilungsblatt dürfe nur amlicke Anzeigen veröffentlichen. Geschäftsangelegenheiten herausgelassen werden. Der Vorsitzende gab darauf den Beschluß der Tags vorher abgehaltenen Verbandsversammlung bekannt, daß der heutigen Verbandsversammlung vorgeschlagen werde, in den Streik zu treten, solange die „Eisenacher Volkszeitung“ verboten ist. In der sich an diese Ausführungen anschließenden Debatte gingen die Mogen der Erregung sehr hoch. Vom Vorsitzenden wurde wiederholt darauf hingewiesen, die ganze Angelegenheit nur vom wirtschaftlichen Standpunkt auszulassen, aber alles Politische und Persönliche auszuschalten. Ein Antrag auf Schluß der Debatte machte der Rednerfähigkeit ein Ende. Die vorgenommenen sächliche Abstimmung über den Antrag, sofort in den Proteststreik einzutreten, zeigte folgendes Resultat: 33 Stimmen für den Streik, 42 gegen denselben. Somit wurde von einem Streik Abstand genommen und die fürmlich verordnete Versammlung gelöst.

**Leipzig.** In einer von etwa 1500 Kollegen besuchten Versammlung am 10. Februar berichtete Kollege Sillger über die Schritte, die die in der letzten Versammlung gewählte Kommission unternommen habe, um die Verbote der Zeitungen aufzuheben. Leider sei sowohl bei Generalrätern wie auch bei dem Reichswehrminister Roske die Kommission mit leeren Redensarten abgespult worden. Es sei das auch nicht zu verwundern, wenn selbst Gewerkschaftsführer, wie der Kollege Masini, der ganzen Angelegenheit nicht den nötigen Nachdruck verleihen. In einem Gespräch mit letzterem habe dieser gemeint, die Zeitungen könnten in Zukunft auf andre Weise zur Vernunft gebracht werden, indem sie mit hohen Geldstrafen zu belegen seien, was in der Folge den Auh der Zeitungsunternehmungen herbeiführen müsse. Die Sache stände nun so, daß nichts erreicht sei. Die Kommission habe ihre Schuldigkeit getan. Zur Verhandlung stand zugleich ein Antrag der Arbeiter- und Angestelltenvereine, der die Buchdrucker aufforderte, die Zeitungsbetriebe stillzulegen, bis das Verbot der „Leipziger Volkszeitung“ aufgehoben sei. Die finanzielle Unterstützung seitens der Arbeiterschaft sei ihnen zugesichert. In der daß vier Stunden währenden Diskussion verlornte zuerst Kollege Köhmann die Stellung des Gewerkschaftsleiters zu dieser Angelegenheit zu erläutern, worauf der den Vorsitz führende Kollege Kesselbarth erklärte, seine Meinung nicht kundgeben zu können, da er an den Beschluß des Vorstandes gebunden sei. Im übrigen könne er nur sagen, daß er seinen in der Versammlung der Zeitungsperonale eingenommenen Standpunkt noch immer einnehme. Von den Rednern der linken Seite, den Kollegen Seife, Vinkenstein, v. der Ha., Reimann, Bausfeld, Sillger und Meier, wurden die heftigsten Angriffe gegen den Kollegen Kesselbarth gerichtet, der allein die Schuld an dem abled enden Verhalten der Zeitungsperonale trage. Es müsse etwas von den Buchdruckern unternommen werden, um sich wieder in Ansehen bei den übrigen Arbeitern zu setzen. Kollege Dornhelm ergänzte als Kommissionsmitglied den Bericht Sillgers und empfahl der Versammlung folgende Entschliebung zur Annahme: „Die am 10. Februar im „Wiktorsbau“ zu Leipzig tagende Gaumitglieder-Versammlung der Buchdrucker und Schriftsetzergewerkschaft nimmt Kenntnis von dem Bemühen der in der Gaumitglieder-Versammlung vom 21. Januar gewählten Kommission, die systematischen Zeitungsverbote zur Aufhebung zu bringen. Sie gibt ihrer Entrüstung darüber Ausdruck, daß die maßgebenden Behörden sich völlig unzugänglich zeigen, und trotz aller Vorstellungen weiterhin unternommen und langbeistehende Zeitungsverbote erlassen. Die Versammelten beschließen, die gesamten Leipziger Zeitungsbetriebe sofort und so lange stillzulegen, bis die für Leipzig ausgesprochenen Zeitungsverbote aufgehoben sind.“ Die Redner der rechten Seite, namentlich die Kollegen Kaulfuß, Sauerbriet und Kochmann, hielten der andern Seite nichts schuldig. Sie verwiesen auf den vorjährigen Generalstreik und warnen davor, sich etwa als Vorpann für eine politische Partei benutzen zu lassen. Der Buchdrucker, welchen von dieser Seite von jeder, in letzter Zeit auch von dem Kartellvorsitzenden Schilling, alle Gemeinheiten angehängt seien, sollten jetzt für diese Leute die Kassen aus dem Feuer holen. Der Kollege Kesselbarth habe gehandelt, wie es einem Organisationsvertreter zukomme und nicht anders. Die bisher von der Opposition gewählten Kommissionen hätten noch nichts Politisches geleistet. Cher sei ihre Tätigkeit schädlich für die Organisation gewesen. Von den Vertretern der Zeitungsperonale wurde der Versammlung die Recht abgesprochen, über eine Stilllegung der Zeitungen zu beschließen, nachdem bereits von den Personal der Streik abgesehen sei. Kollege Bausfeld beleuchtete die eingeschlagene Entscheidung als ein Verlegenheitsprodukt. Die Herren von der Opposition warteten nur auf den Augenblick, um sich in den Streik zu schwingen. Nachdem der Kartellvorsitzende Schilling die Stellung des Kartellrats schaffes dargelegt hatte, wobei er sich vergebender Angehörigkeiten gegenüber den Buchdruckern und dem Kol-

legen Kesselbarth schuldig machte und dabei selbst vor Tüge und Verleumdung nicht zurückbleibt, rechnete Kollege Dreller mit Schilling und den Leuten der Opposition ab. Vor Eintritt einer Bewegung müsse man sich über den eventuellen Erfolg klar sein. Schilling habe ja das Beispiel in seiner Organisation, wohn die Streikwut löste. Auf Jahre sei der Metallarbeiterverband schuldig. Jetzt verluchte man, den Buchdruckerverband in den Sumpf zu ziehen. Den Unternehmern könne kein größerer Gefallen getan werden als der Streik. Er warne daher die Versammlung vor unklugen Beschlüssen. Ein Antrag des Kollegen Sauerbriet auf Abstimmung über die vorgeschlagene Entschliebung wurde mittels Namensaufzählung abgelehnt, sodann die Entschliebung mit knapper Mehrheit angenommen, wobei wiederum zu betonen ist, daß nur ein Drittel der Anwesenden an der Abstimmung teilnahm. Gleichartig leerte sich der Saal, so daß bei der Stellung von Anträgen zur Generalversammlung nur noch etwa 150 Kollegen anwesend waren, die sich zuletzt bis auf 50 verminderten.

**Rudolstadt.** Da der bestehende Verkehrsverhältnisse halber die Herbstgeneralversammlung ausfallen mußte, wurde am 4. Januar eine Versammlung für die Orts Rudolstadt und Saalfeld abgehalten, in welcher unser Bezirksvorsitzender Martin (Geno) über die Bezirks- und Gewerkschaftsorganisation sowie die Tarifausgleichung Bericht erstattete. Die Versammlung war von etwa 100 Mitgliedern besucht, auch eine stattliche Anzahl der Saalfelder Kollegen war trotz der kalten Entfernung und der kalten Witterung dazu erschienen. Kollege Martin entledigte sich seiner Aufgabe in ausführlicher Weise; es sei ihm daher auch an dieser Stelle dafür gedankt. In der sich anschließenden Diskussion kam allgemein zum Ausdruck, daß die Teuerungszulage in Anbetracht der immer unerträglicher steigenden Lebensbedürfnisse gänzlich unzureichend sei. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde die Fälligkeit der Gehilfenvertreter anerkannt, obwohl man sich mit dem Erreichen nicht einverstanden erklären konnte. Von der nächsten Tarifausgleichung wird erwartet, daß die Prinzipalität ihrer rücksichtlosen Anfechtung in bezug auf Entlohnung der Gehilfen korrigieren wird und einer den herrschenden Teuerungsverhältnissen entsprechenden Teuerungszulage zustimmt. Ferner nahm die Versammlung mit Entrüstung Kenntnis von den Verschlechterungen des Betriebsabgabegesetzes im Sozialen Ausschusse der Nationalversammlung.

**Zeitz.** Von den Massenverboten unabhängiger Zeitungen ist auch die hiesige Arbeiterschaft betroffen worden. Die Kollegen in der Genossenschaftsdruckerei, in welcher der „Volksbote“ hergestellt wird, sind glücklicherweise von der Arbeitslosigkeit verschont geblieben. Die Versammlung des Ortsvereins am 10. Februar beschloß sich ebenfalls mit den Zeitungsverboten und faßte folgende Resolution: „Die im Ortsvereine Zeitz im B. d. S. organisierten Gehilfen protestieren auf das allerheftigste gegen die gegen Recht und Gesetz verstößenden Zeitungsverbote. Sie erblicken in diesen Verboten nicht nur eine Begünstigung der gegenrevolutionären Bestrebungen, sondern auch eine schwere Schädigung des Zeitungs-gewerbes, die unbedingt zu Massenentlassungen der im Gewerbe tätigen Arbeiterschaft führen muß. Deshalb verlangen die Gehilfen von der Regierung die sofortige Aufhebung der ergangenen Verbote der Zeitungen und Wiederherstellung der in der Verfassung garantierten Pressefreiheit. Die Kollegen erwarten aber auch von den maßgebenden Körperschaften, daß die so arbeitslos gewordenen Arbeiter in vollständiger Höhe für entgangenen Arbeitsverdienst entschädigt werden.“

### □ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

**Spinnfaserfabrik für Zeitungsausträger.** Vertreter des Deutschen Zeitungsverlegervereins und des Deutschen Transportarbeiterverbandes trafen am 10. Februar zusammen, um über die Forderung eines freien Tages für die Zeitungsausträger zu verhandeln. Von den Vertretern des Transportarbeiterverbandes wurde die Forderung gestellt, daß die Zeitungsverleger auf das Ausstragen der Sonntagsausgabe ab 1. April d. J. verzichten sollten. Von den Zeitungsverlegern wurde indes mit Rücksicht auf die schwere wirtschaftliche Schädigung der Zeitungen durch den Verzicht auf die Sonntagsausgabe diese Forderung als unerfüllbar abgelehnt. Um aber den Wünschen der Zeitungsausträger nach einem arbeitsfreien Tag entgegenzukommen, erklärten sich die Vertreter der Zeitungsverleger bereit, auf die Montagmorgenausgabe zu verzichten, trotzdem aber keinen Lohnabzug vorzunehmen. Dieses Angebot wurde von den Vertretern des Transportarbeiterverbandes als nicht genügend abgelehnt mit dem Hinweis, daß sie zum Abschluß eines Abkommens auf dieser Grundlage nicht ermächtigt seien. Die Verhandlungen verliefen somit ergebnislos.

**Nachahmenswerke** Die Firma Baumann & Waldow in Berlin-Derschdneweide zahlte ihrem Personal anlässlich ihres zwanzigjährigen Bestehens eine einmalige Wirtschaftsbillie im Betrage von 40 bis 150 Mk., je nach der Dauer der Zugehörigkeit zum Geschäft. Beiträge erstellten 25—40 Mk. — Eine Wirtschaftsbillie im Betrage von 375 Mk. gewährte die Firma C. Dypenbeimer in Tschudach.

**Aufforderung.** Der Kollege Willk Stracker in Breslau hat die Arbeiterprüfung nach Bestellung an der Handwerker- und Kunstgewerbeschule mit gutem Erfolge bestanden.

